

FRAGE

Die EZB hat die Banken der Eurozone mit gut einer Billion Euro vollgepumpt. Inzwischen spekulieren Experten über mögliche Ausstiegsszenarien. Welchen Zeitraum halten Sie aus heutiger Sicht für geeignet, um die Liquidität aus dem Markt zu nehmen? Welche Instrumente halten Sie dabei für besonders geeignet?

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Liquidität sollte sukzessive, behutsam aus dem Markt genommen und nicht alle unkonventionellen Maßnahmen gleichzeitig rückgängig gemacht werden. Der Kauf von Pfandbriefen und Staatsanleihen ist schon jetzt überflüssig, die Instrumente sollten aber für den Risikofall einer nochmaligen Krisenzuspitzung vorerst noch nicht abgeschafft werden. Einzelne Sicherheitenbestimmungen lassen sich sicherlich schon früher verschärfen, doch den wirklichen Beginn einer Exit-Strategie würde ich erst nächstes Jahr sehen. Ansatzpunkt wären zunächst die Sicherheitenregelungen und die Erhöhung der Mindestreservepflicht. Anschließend käme die „Normalisierung“ bei den Tendergeschäften. Sollte dieser Ausstieg aus den unkonventionellen Maßnahmen zur Liquiditätsabschöpfung nicht ausreichen, kann er durch die Emission von EZB-Schuldtiteln unterstützt werden. Ab Mitte 2013 sind vorsichtige Leitzinsanhebungen denkbar, im Zuge derer auch der Abstand zwischen Einlagenfazilitätszins und Hauptrefinanzierungssatz sowie zwischen Spitzenrefinanzierungsfazilitätszins und Hauptrefinanzierungssatz wieder auf 1 Prozentpunkt erhöht werden sollte.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Zunächst sollten die ergriffenen Maßnahmen schrittweise wieder zurückgefahren werden. Die Emission von EZB-Schuldscheinen könnte ebenfalls hoch wirksam sein, sollte aber als Sondermaßnahme erst zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt werden.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Der Interbankenmarkt funktioniert nicht, da viele Banken sich offensichtlich nicht mehr vertrauen. Die Banken müssen rekapitalisiert werden, erst im Zuge dieser Maßnahme kann die Liquidität zurückgeführt werden.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen bergen langfristig ein hohes Inflationspotenzial. Derzeit ist die Konjunktur im Euroraum aber noch fragil, so dass die EZB mit der Rückführung der Liquidität warten sollte.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Solange sich die Lage im Euroraum nicht nachhaltig stabilisiert hat, sollte die Liquidität aufrecht erhalten werden.



Lothar Heßler Direktor Treasury Research, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG:

Es sollte erhöhte Sicherheiten für Refi-Geschäfte geben.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ganz wichtig ist, dass die EZB nicht zur „Bad Bank“ wird. Denn das würde ihren geldpolitischen Spielraum langfristig ganz erheblich einschränken.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Den Zeitpunkt in der Zukunft kann man unmöglich seriös angeben. Er hängt von der Konjunkturerwicklung der Eurozone und vor allem von möglichen inflationären Tendenzen ab. Von letzteren gibt es noch keine Anzeichen, aber das kann sich auch rasch ändern.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Der Pfandbriefmarkt kommt zunehmend ins Gleichgewicht. Und Zuteilungsregeln zu verschärfen entspricht der Notwendigkeit, mehr Qualität und Solidität in die EZB-Bilanz zu bringen.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die EZB sollte auf höhere Zinsen auf Repogeschäfte verbunden mit kürzeren Laufzeiten setzen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Nur bei einer hohen Qualität der Sicherheiten, zu denen sich die Banken bei der EZB Geld leihen können, ist gewährleistet, dass im Bankensektor die nicht überlebensfähigen Institute aus dem Markt ausscheiden. Gegenwärtig betreibt die EZB mit ihren Sonderprogrammen, wohl ungewollt, Strukturhaltungspolitik.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Die Liquidität muss doch nicht in einem einzigen Quartal aus dem Markt genommen werden.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die Mindestreserve zu erhöhen ist sowieso geplant und dringend nötig – also eine ideale Synergie.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Liquidität muss schnell reduziert werden, um die Inflation zurückzuführen.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Oberstes Ziel der EZB ist die Preisniveaustabilität und diese muss ständig verfolgt werden. Es darf zu keiner Zeit eine Unterordnung dieses Zieles stattfinden.



Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die EZB wird auch bei steigender Inflationsrate große Probleme haben, von ihrer Billiggeldpolitik abzugehen – weil das die hoch verschuldeten Staaten und damit wieder die Banken in arge Bedrängnis brächte. Also: Weiter pumpen, bis die nächste Systemkrise kommt.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Krise ist noch nicht ausgestanden; die EZB muss aus der Finanzierung der Fiskalpolitik aussteigen und ihr Instrumentarium wieder korrekt einsetzen.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die EZB sollte aufhören, Liquidität gegen schlechte Sicherheiten zu gewähren. Damit würde die Geldpolitik sowohl qualitativ als auch quantitativ auf den Pfad der Tugend zurückkehren.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine generelle Rückkehr zu den üblichen Instrumenten der Geldpolitik ist gefordert, mit den üblichen Fristen und vor allem auch den üblichen Qualitätsanforderungen an Sicherheiten und Wertpapiere. Die Geldpolitik muss wieder allein für die Sicherung der Währung zuständig sein, die Finanzpolitik inkl. ESM und (auslaufend EFSF) für die Abschirmung von erwartungsgetriebenen Problemen. Mittelfristig liegt der beste Schutz in einer reduzierten Staatsverschuldung.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Mittels der vorgeschlagenen Maßnahmen lässt sich die Rückführung der Liquidität steuern.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Verschärfung der Zuteilungsregeln durch höhere Sicherheiten ermöglicht eine gute Kontrolle und vergleichsweise wenig Diskriminierung.

FRAGE

In der Koalition ist ein offener Streit um das geplante Betreuungsgeld entbrannt. Nach den Plänen von CDU/CSU und FDP sollen Eltern ab 2013 eine Förderung von zunächst 100 Euro in bar für Kinder erhalten, die nicht in einer staatlich geförderten Krippe betreut werden. Halten Sie das Betreuungsgeld für richtig?

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Das ist erstens schlicht eine Frage der Gerechtigkeit: Warum Transfers allein für Fremdbetreuung? Und zweitens ist es aus Sicht der Kinder besser, wenn sie in den ersten drei Lebensjahren enge Bindungen zu Familienangehörigen haben können, v.a. zur Mutter.



Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Wer ein staatliches Angebot nicht annimmt, hat kein Recht auf eine Geldzahlung. Jeder Zuschauerplatz in der Oper wird hoch subventioniert, aber deshalb habe ich doch kein Recht auf eine Zahlung, wenn ich lieber in den Zirkus gehe.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Das Betreuungsgeld würde viele negative Spill-over-Effekte in anderen sozialpolitische Bereiche auslösen (z.B. Altersarmut von Frauen, etc.). Die Anreize sollten so gesetzt werden, dass Frauen möglichst zügig nach einer Geburt wieder in den Beruf zurückkehren. Außerdem hat die Krippe auf die Entwicklung von Kindern gerade aus sozial schwachen Familien eine positive Wirkung.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Das Betreuungsgeld verbessert die Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Es setzt ganz klar Fehlanreize für eine Mehrheit der Eltern. Es verstärkt möglicherweise kurzsichtige Verhaltensweisen von Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, und dadurch ihre langfristigen Arbeitsmarktchancen verringern. Es spricht grundsätzlich natürlich überhaupt nichts gegen eine Betreuung von Kindern zu Hause, nur sollte sie nicht noch extra öffentlich gefördert werden.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Diese Herdprämie ist der falsche Weg. Man sollte das Geld lieber alternativ in den Ausbau der Krippen und Kindergärten stecken.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Es entspricht der Vorstellung der Wahlfreiheit. Es hat erhebliche Nachteile, sicher - vor allem, solange das Kita-Angebot nicht steht. Aber nehmen wir dem alkoholsüchtigen Rentner das Geld weg, um es direkt dem Altersheim zu überweisen? An dieser Stelle zeigt sich, wie notwendig eine Debatte über die Rechte des (paternalistisch) sorgenden Staates ist!

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Weil es entweder zu Mitnahmeeffekten führt oder dazu, dass frühkindliche Bildungsangebote bei denen nicht genutzt werden, für die das besonders sinnvoll wäre. Das Betreuungsgeld induziert damit künftigen sozialpolitischen Reparaturbedarf.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Es gibt sozial benachteiligten Familien einen zu starken Anreiz, ihr Kind nicht betreuen zu lassen. Diese Kinder würden jedoch besonders von der Betreuung profitieren.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Kita-Plätze sind prima, aber eine Prämie für Nichtnutzer passt da überhaupt nicht. Hat da vielleicht irgendein schlauer Kopf errechnet, dass die Prämie den Staat viel weniger kostet als ein veritabler Kita-Platz?

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Herdprämie wird zu viele Kinder aus bildungsfernen Schichten de facto benachteiligen, weil die Eltern eher kurzfristig das Geld sehen und den langfristigen Nutzen für ihre Kinder vermutlich falsch einschätzen.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Das Betreuungsgeld ist ein Programm zur Desintegration von Migrantenkindern.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Erstens kann und soll der Staat nicht alles subventionieren – frühkindliche Betreuung durch Institutionen oder durch die Eltern. Das ist keine Frage der Gleichbehandlung individueller Lebensentwürfe, sondern der Grenzen staatlicher Aufgaben. Die Argumente gehören abgewogen und begründen gegebenenfalls eine entsprechend dosierte Subventionierung einer von beiden Formen der Kinderbetreuung. Außerdem gibt es zweitens Anzeichen für schichtspezifische Wirkungen eines Betreuungsgeldes, die Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten benachteiligen. Man könnte versuchen, dies zu erhärten, sollte bei der Einführung eines solchen Instruments aber keinesfalls darüber hinwegsehen.

Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Die dazu geführten Diskussionen sind teilweise absurd und diffamierend. Zugespielt: Es soll also schädlich sein, wenn sich ein Elternteil ganz um die eigenen Kleinkinder kümmert – wollen wir wirklich die gleiche Denk- und Vorgehensweise wie in der DDR, wo der Staat Kindererziehung „besser“ konnte als die Eltern (nur dieses Mal nicht aus sozialistischer, sondern aus ökonomischer Motivation heraus und dementsprechend mit ökonomischen statt sozialistischen Zielen)? Oder: Erwerbstätigkeit ist „besser“ oder wichtiger als Familienarbeit. - Ist das nicht eine totale Überhöhung der Erwerbstätigkeit und eine erschreckende Geringschätzung der Familienarbeit? Man kann das Betreuungsgeld natürlich kritisch diskutieren und insbesondere die Ausgestaltung noch verbessern (Fokus auf einer Unterstützung der Familienarbeit statt auf der Nichtinanspruchnahme von öffentlichen Leistungen), aber bitte ohne diese Geringschätzung und z.T. Diffamierung der Familienarbeit.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Es entstehen fehlerhafte Anreize vor allem für Geringverdienerhaushalte.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Im Prinzip entspricht diese Wahlmöglichkeit der Freiheit der Wahlentscheidung, aber Missbrauchsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden durch Form und Kontrolle.

Prof. Dr. Michael Roos Lehrstuhl für Makroökonomik , Ruhr-Universität Bochum:

Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Gerade Familien, deren Kinder in einer Kita gut aufgehoben wären, könnten das Betreuungsgeld bevorzugen. Außerdem wird es auf Grund des nichterfüllbaren Rechtsanspruchs auf einen Platz zu Mitnahmeeffekten.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Die Familienpolitik gehört weiterhin auf die politische Agenda und ist m.E. noch nicht überzeugend.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es gäbe erhebliche Mitnahmeeffekte und eine unkalkulierbare Belastung für den öffentlichen Haushalt in Verbindung mit einem wieder ansteigenden strukturellen Defizit. Es gibt keine Garantie, dass Eltern aus bildungsfernen Kreisen, die das Betreuungsgeld in Anspruch nähmen, eine bessere frühkindliche Betreuung zuwege brächten als an Kita-Plätzen möglich ist. Problematisch wäre zudem, wenn Mütter nur wegen des Betreuungsgeldes eine Zeitlang auf eine reguläre Arbeit verzichten und keine Sozialbeiträge bezahlen und dadurch später, im Rentenalter, ein Armutsrisiko gewärtigen müssen.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung , Universität Kassel:

Das geplante Betreuungsgeld ist ein vor allem von der CSU ideologisch motivierter und unglaublich rückwärtsgewandter und kontraproduktiver Vorschlag. Es würde dazu führen, dass viele Kinder, für die eine Betreuung in Krippen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung essentiell wichtig ist, von dieser Unterstützung ferngehalten werden. Die veranschlagten finanziellen Mittel sollten stattdessen für den Ausbau von Krippen verwendet werden, so dass ein ausreichendes Angebot zur Verfügung steht. Gerade das alte Bundesgebiet stellt in dieser Hinsicht ja noch immer eher ein Entwicklungsland dar.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es ergibt keinen Sinn, Eltern und Großeltern für die Betreuung der eigenen Kinder staatlich zu bezahlen. Das Geld wäre für den Ausbau von Kitas weitaus besser angelegt.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Auf den ersten Blick ist das Betreuungsgeld zwar richtig. Denn Eltern, die ihre Kinder in die Kindertagesstätte bringen, erhalten auch eine Subvention durch vergünstigte Preise der Kita. Allerdings bietet die Kita gerade für bildungsferne Familien noch den Vorteil, frühkindliche Bildung zu erhalten. Mit dem Betreuungsgeld würde aber ein Anreiz gesetzt, das Kind zu Hause zu betreuen – gerade bei einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten. Finanziell wäre das Betreuungsgeld zwar sinnvoll, weil die Kita-Betreuung vermutlich teurer ist als die Betreuung durch ein Elternteil mit geringem Einkommen. Für die Bildung des Kindes könnte es jedoch nachteilig sein.



Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Es fehlt die soziale Komponente.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Kinderbetreuung außerhalb soll es ja gerade den Eltern ermöglichen, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, um die Opportunitätskosten von Kindern zu senken. Ein Betreuungsgeld ist hinsichtlich dieses Ziels kontraproduktiv.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Das geplante Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Familien mit geringer Schulbildung und niedrigem Einkommen, deren Kinder eine Betreuung in öffentlichen Einrichtungen besonders nötig haben, würden verstärkt ihre Kinder zu Hause behalten, um das Betreuungsgeld zu bekommen, das mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Förderung der Kinder eingesetzt würde.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Warum sollte Familienerziehung benachteiligt werden?

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Herdprämie wird perverse Anreizwirkung auf Menschen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund haben. Gerade diese Familien sollten ihre Kinder möglichst früh zumindest teilzeitlich professionell betreuen lassen.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich "Das Wohlfahrtssystem", Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Die Entscheidung über die Art der Betreuung sollte grundsätzlich nicht beeinflusst werden. Optimal wäre ein Gutscheinsystem. Die Eltern könnten den Gutschein frei verwenden. Die Anbieter von Krippenplätzen stünden dann im Wettbewerb. Private Anbieter hätten größere Chancen sich zu behaupten.

Prof. Dr. Hans Günter Rautenberg Emeritus am Fachbereich Betriebswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Das Geld würde zur Finanzierung ärmerer Haushalte missbraucht.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Im Vordergrund steht das Wohl des Kindes und nicht der Eltern. In der Regel sind Eltern, die ihre Kinder zuhause selbst betreuen finanziell nicht bedürftig.



Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Zahlreiche Experten (national und international) warnen. Es drohen vor allem Fehlanreize bei der Integration von Migranten.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Die Betreuung in Kindergärten sollte vor allem als eine Chance für Sozialisation und gleichmäßige Entwicklung der Kinder gesehen werden.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Dies ist ein gesellschaftspolitisch verkehrter Anreiz.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Das Betreuungsgeld würde meines Erachtens gerade in sozialen Brennpunkten zu einer nicht unerheblichen Fehlsteuerung führen. Darüber hinaus würde man eine staatliche Leistung dafür erhalten, dass man eine andere staatliche Leistung nicht in Anspruch nimmt. Ist das sinnvoll? Es wäre besser, die für das Betreuungsgeld eingeplanten Finanzmittel in einen rascheren Aufbau der KITAS zu investieren.

Andreas Rees Chefvolkswirt Deutschland, UniCredit Group:

Der Vorschlag verringert den Anreiz für Frauen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt.

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

Das Betreuungsgeld setzt Fehlanreize hin zu einer verringerten Erwerbstätigkeit von Frauen insbesondere in sozial schwachen Familien. Besser wäre eine Aufstockung der Mittel für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Es besteht kein Anreiz für sozialschwache Familien, Bildungsangebote (Krippenplätze) einzunehmen.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Die Anreizwirkung der Maßnahme ist unklar.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Leider gibt es viele Familien, in denen das Geld nicht den Kindern zugute kommt, sondern von den Eltern auf fragwürdige Weise verbraucht wird.

FRAGE

Im Tarifkonflikt für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen haben sich die Tarifpartner geeinigt. Danach erhalten die rund zwei Millionen



Beschäftigten innerhalb von zwei Jahren stufenweise insgesamt 6,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Halten Sie diesen Abschluss grundsätzlich für angemessen?

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Angesichts der aktuellen und der erwarteten Inflationsentwicklung und über zwei Jahre gerechnet ist der Abschluss in Ordnung. Überdies wird oft übersehen: Er erhöht den ohnehin anhaltenden Druck zum Personalabbau, da "Produktivitätssteigerungen" im öffentlichen Dienst nur über diesen Weg möglich ist.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Angesichts der Inflation bleibt da nicht mehr viel als Steigerung der Reallöhne übrig.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Angesichts der Laufzeit von zwei Jahren sind die sechs Prozent vertretbar.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Viele Kommunen sind finanziell in Nöten. Ihre Reaktion ist absehbar: Personalabbau sowie Verteuerung oder Einstellung von kommunalen Leistungen.

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

Aufgrund der vergleichsweise langen Laufzeit und der Anhebung in drei Stufen kann die vereinbarte Erhöhung noch als angemessen angesehen werden. Leere Kassen sind ein Totschlagargument. Einkommensverzicht wurde von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft in den vorangegangenen Jahren geleistet.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Bei der Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst bestand Nachholbedarf.

Prof. Dr. Hans Günter Rautenberg Emeritus am Fachbereich Betriebswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Bei dieser Laufzeit und Staffelung ist der Abschluss ok.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Das entspricht in etwa der zu erwartenden Inflation.

Volker Hofmann Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Das Ergebnis liegt an der oberen Grenze. Die Produktivitätsfortschritte im öffentlichen Dienst sind generell recht gering.



Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Das Lohnkostenniveau in Deutschland ist aus makroökonomischer Sicht zu niedrig.

Dr. Alfred Boss Forschungsbereich „Das Wohlfahrtssystem“, Institut für Weltwirtschaft Kiel:

Der Abschluss bedeutet eine Erhöhung um knapp 3 % im Jahr 2012 und um gut 2 1/2 % im Jahr 2013. Für beide Jahre zusammen beläuft sich die Anhebung auf gut 5,5 % und nicht 6,3 %. Besser wäre eine nach Ländern und ihren Kommunen differenzierte Tariflohnanhebung. So könnte den spezifischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Der Abschluss ist an der Obergrenze, aber der Wirtschaftsentwicklung angemessen.

Norbert Braems Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Der Abschluss ist zu hoch, da die Haushaltssanierung insbesondere bei kommunen Vorrang haben sollte. Außerdem hat der Abschluss Signalwirkung für andere Branchen, die bei ähnlichen Abschlüssen im internationalen Wettbewerb durch höhere Lohnstückkosten Nachteile erfahren könnten.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Der Bund wird es verkraften, die Kommunen kommen in Teufels Küche.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Die Arbeitsmarktperspektiven haben sich grundsätzlich verbessert und eine etwas stärkere Lohnerhöhung ist erforderlich, insbesondere um qualifizierte Beschäftigte zu halten. Außerdem kann dies den privaten Verbrauch stützen

Prof. Panu Poutvaara, Ph.D. Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. vergleichende Institutionenökonomik und Bereichsleiter Internationaler Institutionenvergleich, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das ist zuviel.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse sollten auch dadurch ein wenig zurückgehen. Dies käme den defizitären Volkswirtschaften zugute.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Dies ist für ein Land mit boomendem Arbeitsmarkt ein ausgesprochen maßvoller Abschluss, nur moderat über der Inflationsrate.



Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Ein Abschluss von 6,3 Prozent über zwei Jahre entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 3,1 Prozent. Das ist angesichts der gegenwärtigen Teuerungsrate und der Reallohnverluste der vergangenen Jahre wirklich nicht übertrieben.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Er erstreckt sich auf zwei Jahre und wird voraussichtlich nur das Realeinkommen konstant halten. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen ggf. Aufgaben reduzieren, um die Belastung zu tragen.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Er fällt – auch auf das Jahr umgerechnet – recht hoch aus. Fünf Prozent wären angemessener gewesen.

Prof. Dr. Joachim Wilde Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik, Universität Osnabrück:

Er ist für die Kommunen zu hoch.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Er liegt noch gerade im grünen Bereich, was Inflation und Produktivitätsentwicklung angeht. Angesichts des öffentlichen Sparbedarfs ist er aber bereits zu hoch. Offenbar wollte man angesichts der Wahlen keinen Konflikt.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Es ist der Einstieg in die durch die expansive Geldpolitik angestoßene Lohn-Preis-Spirale.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Es wird wieder einmal Geld verteilt, das gar nicht da ist. Der Abschluss wird Arbeitsplätze kosten und öffentliche Leistungen verteuern – zugunsten einer ohnehin privilegierten Minderheit. Es wird Zeit, über eine grundsätzliche Reform der Lohnfindungsprozesse nachzudenken.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Hinsichtlich der Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte und der vereinbarten Schuldenbremse ist der Abschluss problematisch.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Ich halte dies für zu hoch, gegeben dass sich damit mehr als 3% p.a. ergeben und dies eine Signalwirkung für die private Wirtschaft hat.



Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

In Deutschland müssen die Löhne steigen, in vielen anderen Euro Staaten müssen sie fallen: Das ist der einzige Weg, die Ungleichgewichte in Europa zu beseitigen.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Ist netto ja fast nur Inflationsausgleich.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Leider, denn die Inflation machen nicht die Beschäftigten und der Staat profitiert überproportional von ihr. In vielen Bereichen muss der Personalbestand dringend modernisiert werden – alternde Beschäftigte sind immer weniger Garant für „good government“.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Man kann über Verfahren streiten. Wenn man aber das Verfahren der Tarifaushandlung gutheißt, sollte man auch das Ergebnis anerkennen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Nach den Realeinkommenseinbußen der Vergangenheit sind diese Erhöhungen angemessen.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Nach Jahren der Zurückhaltung nun ein Abschluss knapp über der Inflation.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Natürlich sagt man als Ökonom unmittelbar: zu hoch; aber der Rückstand zu der Entwicklung in der sog. freien Wirtschaft ist enorm und schlägt sich in der Attraktivität und damit Qualität des öffentlichen Dienstes nieder. Aber notwendig ist der Stellen- und Bürokratieabbau.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Nicht zu hoch, um in Deutschland die Staatsschulden signifikant zu erhöhen, aber hoch genug, um den Konsum zu stimulieren.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Wenn die Löhne der öffentlichen Bediensteten immer mehr hinter den Löhnen in der Privatwirtschaft zurückbleiben, wird die Qualität der öffentlichen Dienste immer schlechter. Haushaltsprobleme gibt es natürlich, aber die sollte man über die Verringerung der Beschäftigtenzahlen bewältigen und nicht über die Gehälter.

FRAGE



Der Vorstand der Deutschen Bahn wehrt sich seit Jahren massiv gegen eine Trennung von Schienennetz und Betrieb. Nach dem Vorstand hat sich nun auch der Aufsichtsrat dieser Position angeschlossen. Sie ist indes auch innerhalb der EU umstritten. So hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Sollten aus volkswirtschaftlicher Sicht Netz und Betrieb in Bahnhand bleiben?

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Wenn Netz und Betrieb in einer Hand sind, ist das ein nahezu unüberwindliches Hindernis für den im Bahnbereich sowieso schwierigen Wettbewerb.

Dr. Alexander Schumann Chefvolkswirt, DIHK:

Der Betrieb kann wettbewerblich gestaltet werden. Das Netz ist eine Infrastrukturaufgabe und „Marktschaffung“.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die Trennung von Netz und Betrieb ist fundamental für Markt und Wettbewerb im Schienenverkehr.

Dr. Justina A.V. Fischer Vertretungsprofessur für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die richtige Antwort wäre: Jein. Wäre die Bahn ein reiner Staatsbetrieb ohne Wettbewerber, dann könnte alles bei der verstaatlichten und nicht gewinnorientierten Bahn bleiben. Als halb-privates Unternehmen besteht die Gefahr der Ausnutzung der Marktmacht – dann sollte das Schienennetz vom Staat direkt reguliert werden, auf der sich dann verschiedene private Wettbewerber tummeln dürfen.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Durch mehr Wettbewerb in den Netzwerkindustrien entsteht neues Potential für Wirtschaftswachstum.

PD Dr. Jochen Kurt Hartwig Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht; es sind aber in Ländern, die Netz und Betrieb getrennt haben, nicht nur gute Erfahrungen gemacht worden (z.B. Schwarzer-Peter-Spiel bei Unfällen).

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Weil die Gefahr dadurch größer ist, dass die DB ausländische bzw. private Mitbewerber benachteiligt und den Wettbewerb auf den Schienen begrenzt.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Trennung würde für mehr Kostentransparenz sorgen und die Preisdiskriminierungen einschränken. Die Entfaltung von Wettbewerb (auf der Schiene) ist bei der Trennung leichter möglich.



Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung ,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Das Netz ist eine „essential facility“ und muss daher diskriminierungsfrei zugänglich sein. Aber man muss dann eine Lösung finden, die die Qualität aufrechterhält (vgl. die gemachten Fehler in Großbritannien).

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Ein unabhängiger Netzbetreiber kann eine faire und neutrale Zuteilung der Strecken an unterschiedliche Betreiber am ehesten sicherstellen.

Prof. Dr. Michael Braulke Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Die Trennung hat in England sehr schlechte Ergebnisse gebracht.

Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Die Integration ermöglicht eine Diskriminierung von Wettbewerbern, die faktisch durch Regulierung allein nicht kontrolliert werden kann.

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Ein wirksamer Wettbewerb auf der Schiene wird nur bei Trennung von Netz und Betrieb entstehen.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Eine Trennung verbessert den Wettbewerb auf der Schiene.

Prof. Dr. Martin Werding Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Eine Trennung von Schienennetz, bei dessen Erhalt und Ausbau es keinen Wettbewerb geben kann oder sollte, und Bahnbetrieb, bei dem dies sehr wohl möglich und sinnvoll ist, ist ökonomischer Lehrbuchstandard. Ebenso leicht ist aber zu verstehen, dass dies den Interessen von Management und Beschäftigten der Bahn zuwiderläuft. Hier sind der öffentliche Eigentümer oder unabhängige Regulierer gefragt, die auch die Auswirkungen auf Bürger und Kunden im Blick haben.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Die bisherige Ausgestaltung setzt falsche Anreize, da es eine Unmöglichkeit gibt, unerlaubte Subvention von sinnvollen Investitionen zu trennen.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik , Universität Potsdam:

Im Falle der Privatisierung: Das Netz in öffentlicher Hand belassen und nur die Bahn privatisieren.
Bei Nichtprivatisierung keine Trennung.



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Eine Trennung von Netz und Betrieb stärkt langfristig den Wettbewerb auf der Schiene. Hiervon profitiert der Verbraucher.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Das Schienennetz zu unterhalten und auszubauen, das ist eine Aufgabe des Staates. Damit sollte die Deutsche Bahn nicht belastet werden. Der staatliche Netzbetreiber kann die Gleichbehandlung aller Beförderungsunternehmen sicherstellen, so dass auch die Deutsche Bahn voll dem Preis- und Qualitätswettbewerb ausgesetzt wäre. Das ist effizient und kundenfreundlich.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Auch hier tut Wettbewerb gut.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Einheit von Netz und Betrieb ist technisch nicht nötig und verschafft der Bahn Vorteile dabei, mögliche Konkurrenten zu behindern.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die Trennung ist wettbewerbspolitisch angemessen.

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D. Institut für Wirtschaftswissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Im Bereich der Netze gilt Subadditivität der Kosten.

Prof. Dr. Aloys Prinz Institut für Finanzwissenschaft II, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Damit der Wettbewerb im Bahnbereich gestärkt werden kann, ist eine Trennung von Netz und Betrieb erforderlich.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Mehr Wettbewerb tut not im Bahnverkehr! Das Monopol auf das Schienennetz ist vollkommen ausreichend.

Dr. Dirk H. Ehnts Gastdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin:

Es besteht das Problem der Unterfinanzierung der Investitionen bei gleichzeitiger Quersubventionierung von anderen Sparten. Die Infrastruktur ist teilweise veraltet, Investitionen schmälern aber den Gewinn der DB, ohne direkt höhere zukünftige Gewinne zu versprechen.



Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Netz ist ein natürliches Monopol, es sollte vom Staat betrieben werden, mit klaren und fairen Zugangsregeln und Preisen, ohne Gewinnerzielungsabsicht, und mit einer sehr langfristigen Investitionsstrategie. Der Betrieb kann und soll wettbewerblich erfolgen.

Prof. Dr. Hans Günter Rautenberg Emeritus am Fachbereich Betriebswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Es gilt eine Zersplitterung der Zuständigkeit vermeiden!

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Sonst wären Monopolstrukturen verfestigt.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Allerdings mit einer starken Regulierung, um den Konkurrenten einen fairen Zugang zu ermöglichen.

Prof. Dr. Michael Heise Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Trennung von Betrieb und Netz ist rechtlich und was die Investitionsplanungen betrifft ein komplexer Vorgang, aber erste Schritte sollten unternommen werden, um mehr Wettbewerb zu erzeugen.